

Die EU vor der Erweiterung: Sicherheitspolitische Prioritäten für die Wirtschaftsstandorte Deutschland und Österreich

Julian Plottka, Florence Ertel, Michael Stellwag

Julian Plottka, Universität Passau, Passau

Florence Ertel, Universität Passau, Passau

Michael Stellwag, Konrad-Adenauer-Stiftung Wien, Wien

Das internationale Umfeld der EU hat sich seit 2022 nicht schlagartig verändert, sondern langfristige Veränderungsprozesse sind wie durch ein Brennglas sichtbar geworden. Der russische Angriffskrieg ist ein Weckruf für die EU, endlich ihre geopolitische Naivität zu überwinden, wenn sie ihre Position im globalen Wettbewerb behaupten und den Standort *Europa* sichern will. Wirtschafts- und Geopolitik müssen zusammen gedacht werden. Für Antworten auf die sich formierende Gruppe der BRICS+, zur Schaffung einer Verteidigungsunion, auf die Herausforderungen in der Erweiterungs- und Energiepolitik wurden beim *Wiener Dialog zur Zukunft Europas 2024* Initiativen diskutiert, die die deutsche und österreichische Regierung gemeinsam anstoßen sollten. Der Beitrag fasst die Problemanalysen und Handlungsempfehlungen zusammen.

1. Das langsame geopolitische Erwachen der Europäische Union

Im März 2022 hat der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, Europas geopolitisches Erwachen verkündet (Borrell Fontelles, 2022). Das internationale Umfeld der EU veränderte sich jedoch im Frühjahr 2022 nicht schlagartig, sondern durch den russischen Angriffskrieg sind wie in einem Brennglas langfristige Veränderungsprozesse deutlich geworden. Die Spannungen zwischen der EU und Russland haben dabei auf globaler Ebene die grundsätzliche Frage nach einer Neuausrichtung der EU-Außenpolitik gegenüber aufstrebenden Mächten gestellt. Im Zentrum der öffentlichen Debatte stand hier in den letzten Monaten die sich neuformierende Gruppe der BRICS+. Wobei die EU nicht nur im Hinblick auf ihren Umgang mit China, sondern auch mit den anderen Staaten der Gruppe seit Langem uneins ist.

Die außenpolitischen Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten der EU zeigen sich auch daran, dass der Krieg in der Ukraine zwar bereits 2014 begann, die Frage nach Europas Verteidigungsfähigkeit und der Rolle der EU als *security provider* (Ertel und Göler, i.E.) aber erst 8 Jahre später in das Zentrum politischer Debatten rückte. Entsprechend sind es nicht zuvörderst militärische Gründe, die dazu geführt haben, dass Russland sich von der EU bedroht fühlt; vielmehr wirkt die Förderung europäischer Werte durch die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik seit Langem als *geopolitics by accident*, ohne dass sich die EU dessen bewusst ist (Göler, 2015). Um zukünftig solche nicht intendierten Folgen der EU-Politik

zu vermeiden, gilt es, den Beitrittsprozess neu zu strukturieren, sodass er sowohl die Transformation der lange auf einen Beitritt wartenden Staaten des Westbalkans als auch des sog. Assoziierungstrios (Georgien, Moldau und der Ukraine) fördert. Andernfalls könnten auf dem Westbalkan ähnliche geopolitische Spannungen drohen, wie in Osteuropa. In der Energiepolitik wurde die geopolitische Selbstvergessenheit der EU am deutlichsten.

Die Europäische Kommission hatte bereits 2014 eine *Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung* vorgelegt (Europäische Kommission, 2014), um die EU unabhängiger von russischem Gas zu machen. Allerdings haben einige Mitgliedstaaten, in deren alleiniger Kompetenz die Entscheidung über die Zusammensetzung der Energiequellen liegt, weiter auf die Verlässlichkeit Russlands vertraut.

Diesen Weckruf darf die EU nicht erneut verstreichen lassen, wenn sie ihre Position im globalen Wettbewerb behaupten und den Standort *Europa* sichern will. Wirtschafts- und Geopolitik dürfen nicht mehr getrennt betrieben, sondern müssen zusammen gedacht werden. Wirtschaftliche Beziehungen haben stets geopolitische Implikationen und die Geopolitik hat direkte Folgen für die europäische Standortpolitik. Wenn die EU sich dieser Herausforderungen nicht annimmt, besteht die Gefahr, dass sich jegliche Standortpolitik im herkömmlichen Sinne erübrigt, denn „[d]er Frieden ist [zwar] nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts“ (Brandt, 1981,

S. 369). Um dauerhaft den Frieden in Europa wiederherzustellen und eine internationale Ordnung mitzugestalten, die auch den wirtschaftlichen Interessen der EU dient, muss sie sich endlich auf eine gemeinsame außenpolitische Strategie einigen und diese konsequent umsetzen.

Auch wenn die EU-Mitgliedstaaten kurz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine eine ungewohnte Einigkeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zeigten, begann dieser Konsens schnell wieder zu bröckeln. Das Erstarken europaskeptischer, populistischer und rechtsradikaler Kräfte bei der Europawahl und bei nationalen Wahlen hat die Chancen, dass sich die EU auf eine gemeinsame Linie einigen kann, erneut schwinden lassen. Diese zunehmende Polarisierung macht die Entscheidungsprozesse in der EU schwieriger und verhindert konstruktive Politik. Minilaterale Formate sind ein Ansatz, um in dieser komplexer werdenden Verhandlungssituation konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Um solche Kompromisse durch Vorabstimmungen innerhalb von Kleingruppen an EU-Mitgliedstaaten anzubahnen, „bedarf es eines effektiven ‚Brückenbauens‘ in der bilateralen Diplomatie zwischen EU-Mitgliedstaaten, die unterschiedliche minilaterale Foren verbinden. Ideal dafür geeignet sind Mitgliedstaaten, die sowohl ein grundlegendes Verständnis von Europa als auch in einigen Politikfeldern gemeinsame Interessen teilen, in anderen Bereichen aber konträre Positionen vertreten. Diese Konstellation erlaubt es, basierend auf einer stabilen Partnerschaft, Kompromisse in den Bereichen mit unterschiedlichen Interessen zu verhandeln“ (Bajrami et al., 2020, S. 187). Für europäische Antworten auf die Gruppe der BRICS+, zur Schaffung einer Verteidigungsunion sowie auf die Herausforderungen in der Erweiterrungs- und Energiepolitik wurden beim *Wiener Dialog zur Zukunft Europas 2024* Initiativen diskutiert, die die deutsche und österreichische Regierung gemeinsam anstoßen sollten, um das geopolitische Erwachen der EU in praktische Politik umzusetzen und damit langfristig den Standort Europa zu sichern. Die Ergebnisse des Wiener Dialogs 2024 werden im Folgenden präsentiert.

2. Sind die BRICS+ eine geoökonomische Herausforderung?

Auf der internationalen Ebene ist die Union mit einer sich ändernden Weltordnung konfrontiert, die eine Neuausrichtung ihrer Außenbeziehungen notwendig macht. Dies zeigt sich exemplarisch an der Diskussion über den

Umgang mit der sog. Gruppe der BRICS+. Zur Gruppe der BRICS aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika sind 2024 Ägypten, Äthiopien, der Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate hinzugestoßen. Sie firmieren nunmehr als BRICS+ und haben im Westen Befürchtungen ausgelöst, sie könnten künftig ihr geopolitisches und geoökonomisches Handeln – entlang anti-westlicher Zielvorstellungen – koordinieren. Da sie rund 46 % der Weltbevölkerung repräsentieren und seit 2020 einen größeren Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt haben als die G7 (Konrad-Adenauer-Stiftung, 2023), hätte deren koordiniertes Handeln deutliche Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft. Inwieweit es der Gruppe aber gelingt, geopolitische Akteursfähigkeit zu erlangen, ist derzeit unklar und gilt es deshalb weiter zu beobachten.

Gelänge es den BRICS+, ein OPEC-gleiches Rohstoffkartell für wichtige Ressourcen wie seltene Erden, Kobalt und Lithium zu bilden, hätte dies erhebliche Auswirkungen auf die Energie- und Technologiewende (Kamin und Langhammer, 2023). Ihre Bedeutung für grüne und digitale Technologien würde den BRICS+ signifikanten Einfluss auf globale Lieferketten geben. Für eine sichere Rohstoffversorgung ist die Verhinderung einer solchen Kartellbildung von großer Bedeutung. Innerhalb der Gruppe der BRICS+ ist der Handel auf China fokussiert, während die ökonomische Verflechtung der anderen Mitglieder untereinander gering ist und sie für Kooperationen mit dem Westen teilweise sehr offen sind. In Währungsfragen teilen die Staaten dagegen das Ziel, sich von ihrer Dollarabhängigkeit zu lösen (Resende Carvalho, 2023). So finanziert die von ihnen gegründete New Development Bank seit 10 Jahren diverse Projekte (New Development Bank, 2024). Die EU stellt dies vor die Notwendigkeit, eine Verteidigerposition für den globalen Freihandel einzunehmen und bestehende Finanzmarktregulierungen anzupassen.

Geopolitisch haben sich die BRICS+ zum Ziel gesetzt, auf eine multipolare Weltordnung hinzuwirken, die den Einfluss westlicher Institutionen und Normen zurückdrängt. In den Vereinten Nationen zeigen die Staaten der BRICS+ jedoch bislang kein kohärentes Abstimmungsverhalten. Einige von ihnen stimmen tendenziell mit China und gegen EU-Positionen. Die meisten priorisieren jedoch ihre eigenen Interessen gegenüber einer auf China oder Russland ausgerichteten Position.¹

Als bewusster geopolitischer Akteur sollte die EU ein beständiges Monitoring der BRICS+ etablieren, um eine Konsolidierung der Gruppe in der geoökonomischen und geopolitischen Dimension frühzeitig zu erkennen. Um die Bildung eines Rohstoffkartells zu verhindern, gilt

¹ Als Übersicht zu den Beziehungen der Staaten der BRICS+ zum Westen siehe Katz (2024).

es, strategische Partnerschaften und Handelsabkommen mit den BRICS+ abzuschließen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass China sich weitere Ressourcen sichert. Dabei könnten insbesondere Deutschland, aber auch Österreich bestehende bilaterale Anknüpfungspunkte nutzen. Dies wird aber nur mit einer Reform der bisherigen Handelsabkommen möglich sein. Künftige Abkommen müssen auf berechnete Kritik der BRICS+ an der bisherigen Politik des Westens gegenüber dem Globalen Süden eingehen und neokoloniale Strukturen vermeiden. So kann die EU im Vergleich zu China als internationaler Akteur an Attraktivität gewinnen.

3. Welchen Beitrag können zwei antimilitaristische Staaten zur Verteidigungsunion leisten?

Noch essenzieller stellt sich inzwischen für den europäischen Kontinent wieder die Frage nach dem Erhalt bzw. der Schaffung von Frieden. Durch das Versagen der Anfang der 1990er-Jahre gegebenen Sicherheitsgarantien gibt es derzeit keine andere Option als den Frieden in der Ukraine auf militärische Weise wiederherzustellen. Welches zerstörerische Potenzial das russische Verhalten auch für die europäische Wirtschaft hat, haben die Jahre seit 2022 eindrücklich gezeigt (Grömling, 2024). Jenseits des Ziels, den heißen Krieg in der Ukraine zu beenden und weiteren Angriffen Russlands vorzubeugen, liegt die Schaffung einer Verteidigungsunion auch im Interesse der europäischen Wirtschaft. Die Illusion, dass Neutralität den internationalen Rahmen für wirtschaftliches Handeln sichern könnte, ist spätestens 2022 geplatzt.

Allerdings wird die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit durch alte Konfliktlinien zwischen den EU-Mitgliedstaaten ausgebremst, da das Politikfeld intergouvernemental geprägt ist. Kurzfristig gehören deshalb zu den dringendsten Maßnahmen eine verbesserte Koordinierung zwischen ihnen, die Stärkung der Interoperabilität der Armeen, eine gemeinsame Beschaffung, der Ausbau der schnellen Eingreiftruppen und der Cyberabwehr. Langfristig gesehen muss die Entscheidungsfindung in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) aber erleichtert werden, um schneller in Sicherheitsfragen reagieren zu können.

Derzeit setzen Deutschland und Österreich hier jedoch unterschiedliche Prioritäten. Die deutsche Bundesregierung hat mit 8 weiteren EU-Mitgliedstaaten die *Freundesgruppe für Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU* initiiert (von Ondarza und Stürze, 2024; Auswärtiges Amt, 2023). Dane-

ben unterstützt sie auch alternative Lösungsansätze wie eine stärkere Differenzierung in der Verteidigungspolitik (ggf. außerhalb der EU-Verträge) und konstruktive Enthaltungen bei Entscheidungen im Rat (Ertel und Göler, i.E.). Österreich zeigt sich hier zurückhaltender und betont Konsensbildung und Kompromissfindung als Grundlage dafür, dass Entscheidungen von allen Mitgliedstaaten mitgetragen werden können (ORF.at, 2023). In anderen Bereichen ist eine deutsch-österreichische Zusammenarbeit zur institutionellen Stärkung der GSVP möglich, so etwa bei der Einrichtung eines Verteidigungsministerrats, dem die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vorsitzt, um die Koordinierung in der GSVP zu verbessern. Beim konkreten militärischen Kapazitätsausbau sind beide Länder mit einer antimilitaristischen Strategischen Kultur (Biehl et al., 2013) konfrontiert, die diesem entgegensteht. Während in Deutschland das Verhältnis von Politik und Gesellschaft zur Bundeswehr gerade neuverhandelt wird, hat der russische Angriffskrieg das österreichische Neutralitätsbeharren weiter bekräftigt.

Die Debatte über die Zeitenwende zeigt, dass in beiden Ländern enormer Bedarf an einem breiteren Diskurs über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik besteht, der nicht nur militärische Aspekte umfasst. Dieser ist durch mangelnde Kenntnis der jeweiligen Bevölkerungen in diesen Politiken sowie die Einflussnahme nicht-demokratischer Akteure geprägt. Deutschland und Österreich können von ihren unterschiedlichen strategischen Kulturen profitieren und konkrete Initiativen vorantreiben, um ein Bewusstsein für die Bedeutung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu schaffen. Gezielte Bildungsinitiativen sind ein Instrument und stärken die Resilienz der Gesellschaft gegen Desinformation und populistische Einflüsse. Daher sollten die beiden Länder ein Gesamtkonzept für sicherheitspolitische Bildung initiieren. Die EU sollte Projekte, Bildungsangebote und Aktionen zur Stärkung eines differenzierten Diskurses über Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Gesellschaft fördern.

4. Wie lässt sich ein Ausspielen von Assoziierungstrio und dem Westbalkan verhindern?

Infolge des russischen Angriffskriegs hat die EU den Staaten des Assoziierungstrios den Kandidatenstatus verliehen und Beitrittsverhandlungen mit Moldau, der Ukraine sowie Bosnien und Herzegowina eröffnet. Für den europäischen Binnenmarkt ist insbesondere der Beitritt der Ukraine von zentraler Bedeutung, während

die georgische und moldauische Wirtschaft eher marginale Effekte erwarten lassen.² Die Marktintegration hat sich durch die mit allen Staaten des Assoziierungstrios geschlossenen Abkommen über *Deep and Comprehensive Free Trade Areas* bereits schrittweise vollzogen und wurde durch die *Autonomous Trade Measures* nochmals beschleunigt. Mit diesen hat die EU der Ukraine 2022 eine vollständige Handelsliberalisierung zur Stärkung der Wirtschaft im Krieg gewährt.

Deutliche Effekte auf den Binnenmarkt wurden mit Ausnahme der Grenzregionen zur Ukraine bisher nicht festgestellt (Akhvlediani und Movchan, 2024). Eine politisch sensible Ausnahme stellt die Agrarwirtschaft dar, die für die Ukraine von zentraler Bedeutung und auf dem Binnenmarkt konkurrenzfähig ist. So führten die Importerleichterungen bereits zu massiven Protesten von EU-Bäuer:innen und der Rücknahme der Hilfe für die Ukraine im Agrarbereich (Imwinkelried, 2024). Gleichzeitig verspricht der Wiederaufbau des Landes einen enormen wirtschaftlichen Impuls für den Binnenmarkt. Eine Erweiterung liegt im wirtschaftlichen Interesse der EU.

Die deutsche Bundesregierung setzt sich für die Beitrittsprozesse des Assoziierungstrios ein und gehört zu den Förderinnen des Westbalkans, hat aber eine EU-Reform zur Vorbedingung für kommende Erweiterungen gemacht (Scholz, 2022). Bis zur Wiederbelebung des Berlin-Prozesses (Vulović, 2022) hat sie jedoch lange wenig politisches Kapital in die Erweiterungspolitik investiert. Zwar ist auch die Republik Österreich traditionell Fürsprecherin des Westbalkans; vor den Nationalratswahlen im Herbst 2024 wird angesichts des Ergebnisses der FPÖ bei der Europawahl jedoch spekuliert, ob Österreich in das Lager der Erweiterungsbremsen wechselt. Die aktuelle Bundesregierung bekennt sich klar zur Erweiterung um den Westbalkan und hat einen Vorschlag für ein *Konzept der graduellen Integration* vorgelegt. Mit Blick auf das Assoziierungstrio formuliert sie jedoch vorsichtiger (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich, 2023).

Größte Herausforderung bei der Gestaltung der Erweiterungspolitik ist deren pro-aktive Nutzung als geopolitisches Instrument. Dazu muss die EU zuerst ihre Ziele priorisieren und die Politik auf diese ausrichten. Zweitens gilt es, eine Balance zwischen dem Beitritt der osteuropäischen und der Staaten des Westbalkans zu finden, ohne eine Region gegen die andere auszuspielen.

Drittens ist es erforderlich, eine Erweiterungsmüdigkeit in der Union und in den Partnerstaaten zu vermeiden, da sie Reformen hemmt und die geopolitische Position der EU unterminiert. Viertens müssen die Assoziierungsprozesse resilienter gegen den Einfluss anderer geopolitischer Akteure werden.

Um diese Herausforderungen anzugehen, sollte der Beitrittsprozess neu ausgerichtet werden. Insbesondere die Erwartung der Partnerstaaten an eine stärkere sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension und die Berücksichtigung des geopolitischen Kontextes machen eine Festlegung von klaren politischen Zielen notwendig. Die deutsche und die österreichische Bundesregierung sollten sich in diesem Zusammenhang gemeinsam dafür einsetzen, die beiden bisher getrennt geführten Debatten zum Westbalkan und dem Assoziierungstrio zusammenzuführen, um einem gegenseitigen Auspielen der Partnerstaaten vorzubeugen. Sie sollten sich zudem für eine Sequenzierung von Integrationsvorteilen einsetzen. Sektorale Integrationsfortschritte sollten in Ergänzung finanzieller Anreize Reformfortschritte zeitnah belohnen und nicht bis zum Beitritt „aufgespart“ werden. Ein konkreter Nutzen dieser Schritte beugt Erweiterungsmüdigkeit vor und macht den Wirtschaftsstandort attraktiver. Die Dynamisierung sollte auch eine konsequente Durchsetzung negativer Konditionalität vorsehen. Rückschritte in den Partnerstaaten müssen mit der Rücknahme von Vorteilen einhergehen.

5. Wie lassen sich in der Energiepolitik zugleich Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Resilienz erreichen?

Stand in den letzten Jahren vor allem das Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit im Zentrum der energiepolitischen Debatten, rückte der russische Angriffskrieg mit der Versorgungssicherheit ein zusätzliches Momentum in den Vordergrund. Die Abhängigkeit der EU von fossilen Energieträgern, vor allem von Gas aus Russland, ist nicht nur eine klimapolitische Aufgabe, sondern macht die EU geopolitisch erpressbar und birgt enorme finanzielle Risiken. Dies betrifft auch die politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung der EU-Staaten, insbesondere die Exportwirtschaften Deutschlands und Österreichs.

² Im Jahr 2021 betrug das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine ca. 200 Mrd. US-Dollar, während jenes von Georgien knapp 19 Mrd. und jenes von Moldau weniger als 14 Mrd. US-Dollar betrug (Weltbank, 2024).

Der Anteil russischen Pipeline-Gases an den EU-Importen ist von über 40 % im Jahr 2021 auf etwa 8 % im Jahr 2023 gefallen (Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union, 2024), wobei die Importe zwischen den EU-Mitgliedstaaten stark variieren. So ist in Österreich der Anteil des russischen Gases an der Gesamtversorgung nicht wesentlich gesunken (Kurmayer, 2024). Auch Deutschland bezieht noch Flüssiggas aus Russland, während es jedoch keine Direktimporte von Pipeline-Gas mehr gibt. Andere Staaten, wie etwa Spanien, sind durch alternative Bezugsquellen weniger betroffen. Diese Varianz zwischen den EU-Mitgliedstaaten führt zu einem uneinheitlichen Ansatz in der Energiesicherheit.

Neben der Notwendigkeit zur Dekarbonisierung nehmen in der Energiepolitik auch manifeste Bedrohungen zu. So ist die Resilienz der Energieinfrastruktur inzwischen von zentraler Bedeutung, wie die Sabotage der Nord-Stream-Pipelines gezeigt hat: Die Versorgungsinfrastruktur und die Kraftwerkskapazitäten gilt es daher so auszugestalten, dass sie flexibel und widerstandsfähig gegen physische Angriffe sind.

Um die Energiesicherheit zu erhöhen, sollten die EU-Mitgliedstaaten ihre Energiequellen weiter diversifizieren und ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und bestimmten Lieferländern reduzieren. Minilaterale Kooperationen einzelner Mitgliedstaaten sind hier ein Lösungsansatz, wie der Ausbau des LNG-Terminals auf der kroatischen Insel Krk zu einer regionalen Drehscheibe durch Österreich, Deutschland und Kroatien zeigt (Bundeskanzleramt Österreich, 2022; Wirtschaftskammer Österreich, 2023). Auch der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien und damit einhergehend der Speicherkapazitäten ist geopolitisch geboten, um den Standort Europa langfristig zu sichern. Fördermittel für den Bau von Wind- und Solarparks sollten ebenso wie jene für Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien, Speichertechnologien und der Energieeffizienz erhöht werden. Zugleich bedarf es passender regulatorischer Rahmenbedingungen und Investitionsanreize, um auch die Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Akteuren zu fördern.

Zur Verbesserung der Resilienz von Europas Energieinfrastruktur muss die Integration der europäischen Energiemärkte und der Ausbau grenzüberschreitender Verbindungen vorangetrieben werden. Beim Aufbau einer neuen Wasserstoffinfrastruktur dürfen die vergangenen Fehler fragmentierter Lösungen nicht wiederholt werden. Der Ausbau gemeinsamer Infrastrukturen erhöht die Preisstabilität und

Versorgungssicherheit und stärkt damit die Wettbewerbsfähigkeit der EU.

6. Deutschland und Österreich sollten die EU-Politik der neuen institutionellen Periode aktiv gestalten

Oft wird die EU als ökonomischer Riese und politischer Zwerg beschrieben, um zu kritisieren, dass sie außen- und sicherheitspolitisch nicht handlungsfähig ist. Seit 2022 hat sich jedoch erwiesen, dass diese Karikatur in zweifacher Hinsicht falsch ist. Erstens hat sie seitdem außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit bewiesen, auch wenn – wie zuvor dargelegt – insbesondere in der Verteidigungspolitik noch erhebliche Reformbedarfe bestehen. Zweitens lassen sich die beiden Handlungsebenen *Ökonomie* und *Politik* nicht (mehr) voneinander trennen, wie es das Bonmot glauben machen will. Russland hat die Energieversorgung als außenpolitisches Druckmittel eingesetzt und die Annäherung Georgiens, Moldaus und der Ukraine an den europäischen Binnenmarkt als geopolitischen Zug der EU interpretiert.

Dies macht deutlich, dass die EU einerseits ihr klassisches außen- und sicherheitspolitisches Instrumentarium stärken muss und dass sie sich andererseits der geopolitischen Implikationen ihres Handelns in einem erweiterten Begriff von Außenpolitik, hier besonders in der Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik, bewusst sein muss. Zugleich muss sie – wie am Beispiel der Gruppe der BRICS+ gezeigt – neue Trends in der internationalen Politik früher erkennen und darauf reagieren.

In der Geschichte der europäischen Integration haben solche Krisen große Vertiefungsschritte ausgelöst – meist vorangetrieben vom deutsch-französischen Tandem. Emmanuel Macrons versiegte Debatte über strategische Souveränität oder später Autonomie zeigt, dass eine EU-Reform in einem großen Wurf derzeit nicht realisierbar ist, stattdessen sind kleine Initiativen aussichtsreicher. Gleichzeitig hat der deutsch-französische Motor an Schwung verloren, neue Partner sind gefragt. In der Energie- und Erweiterungspolitik bieten sich hier – wie zuvor aufgezeigt – deutsch-österreichische Initiativen an. In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik stehen beide Regierungen gerade vor der gesellschaftlichen Herausforderung der Zeitenwende, was auch hier eine Zusammenarbeit sinnvoll erscheinen lässt. Nun ist die Nationalratswahl abzuwarten. Wenn eine konstruktive Zusammenarbeit danach noch möglich ist, kämen die deutsch-österreichischen Initiativen gerade recht zu Beginn der neuen institutionellen Periode der EU-Organe.

Referenzen

- Akhvlediani, T. & Movchan V. (2024). *The Impact of Ukraine's Accession on the EU's Economy. The Value Added of Ukraine*. Tallinn: International Centre for Defence and Security.
- Auswärtiges Amt. (2023). *Gemeinsame Mitteilung der Außenministerien zum Start der Freundesgruppe für Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union*. Abgerufen am 23. Juli 2024 von <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2595302>.
- Bajrami, Z., Puglisi, L., Stallbaum, L., Stellwag, M. & Plottka, J. (2020). Potenziale einer österreichisch-deutschen Zusammenarbeit in der intergouvernementalen Europapolitik. *Integration*, 3, S. 186–205.
- Biehl, H., Giegerich, B. & Jonas, A. (2013). *Strategic Cultures in Europe. Security and Defence Policies Across the Continent*. Wiesbaden: Springer VS.
- Borrell Fontelles, J. (2022). *Europe in the Interregnum: our geopolitical awakening after Ukraine*. Groupe d'études géopolitique. Abgerufen am 25. Juli von <https://geopolitique.eu/en/2022/03/24/europe-in-the-interregnum-our-geopolitical-awakening-after-ukraine/>.
- Brandt, W. (1981). *Rede des Vorsitzenden der SPD, Brandt, auf der Festveranstaltung anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Verlags J.H.W. Dietz Nachf. in Bonn, 3. November 1981*. In H. Grebing, G. Schöllgen & H. A. Winkler (Hrsg.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe, (Band 5: Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972 – 1992). Bonn: J.H.W. Dietz.
- Bundeskanzleramt Österreich. (2022). *Bundeskanzler Nehammer: Partnerschaft mit Kroatien bei Energieversorgung ausbauen*. Pressemitteilung, 24. November 2022. Abgerufen am 25. Juli 2024 von <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2022/11/partnerschaft-mit-kroatien-bei-energieversorgung-ausbauen.html>.
- Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich. (2023). *Außen- und Europa-politischer Bericht 2022*.
- Europäische Kommission (2014). Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung. *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat*, COM(2014) 330.
- Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union. (2024). *Woher stammt das Gas der EU?* Abgerufen am 23. Juli 2024 von <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/eu-gas-supply/>.
- Ertel, F. & Göler, D. (i.E.). European Defence: Developments, Challenges and Gaps in Institutions, Instruments, and Strategies. In J. Pollack & M. Jopp (Hrsg.), *EU Geopolitics. The lackluster world power*. Berlin: Springer Nature.
- Göler, D. (2015). Wenn normative Macht zur geostrategischen Herausforderung wird. Überlegungen zur aktuellen Ukraine-Krise. *Zeitschrift für Politik*, 3, S. 289–305.
- Grömling, M. (2024). Wirtschaftliche Auswirkungen der Krisen in Deutschland, Institut der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.), *IW-Report*, 11.
- Imwinkelried, D. (2024). Konflikt um Agrargüter: Die Ukraine legt die Misere der europäischen Landwirtschaftspolitik offen. *Neue Zürcher Zeitung*, 18. April 2024.
- Kamin, K. & Langhammer, R. J. (2023). From BRICS to BRICS+: Sheer More Members is not a Challenge to G7. *The Economists' Voice*, 2, 2023, S. 259–265.
- Katz, M. N. (2024). The geopolitical (in)significance of BRICS enlargement. *EconPol Forum*, 1, S. 10–13.
- Konrad-Adenauer-Stiftung. (2023). „BRICS Plus“ Geopolitische Machtverschiebung oder transaktionale Allianz? Abgerufen am 23. Juli 2024 von <https://www.kas.de/de/brics-plus>.
- Kurmayer, N. J. (2024). Austria's dependence on Russian gas rises to 98%, two years after Ukraine war. *Euractiv*, 12. Februar 2024.
- New Development Bank. (2024). *Focus Areas*. Abgerufen am 23. Juli 2024 von <https://www.ndb.int/about-ndb/focus-areas/>.
- Ondarza, N. von & Stürze, I. (2024). Zum Stand der Konsensfähigkeit der EU. Kleine oder große Lösung, um qualifizierte Mehrheitsentscheidungen auszuweiten? Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), *SWP-Aktuell*, 24.
- ORF.at. (2023). „Freundesgruppe“ für EU-Mehrheitsentscheidungen. Abgerufen am 23. Juli 2024 von <https://orf.at/stories/3314985/>.
- Resende Carvalho, L. (2023). *BRICS: The Global South Challenging the Status Quo*. Abgerufen am 23. Juli 2024 von <https://global-leurope.eu/globalization/brics-the-global-south-challenging-the-status-quo/>.
- Scholz, O. (2022). „Europa ist unsere Zukunft – und diese Zukunft liegt in unseren Händen“. Abgerufen am 23. Juli 2024 von <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/europa/scholz-rede-prag-karls-uni-2079410>.
- Vulović, M. (2022). Der Berliner Prozess: Große Ideen für den Westbalkan, schwierige und langsame Implementierung. Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), *SWP-Aktuell*, 80.
- Weltbank. (2024). *GDP (current US\$) – Moldova, Ukraine, Georgia*. Abgerufen am 26. Juli 2024 von <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?end=2023&locations=MD-UA-GE&skipRedirection=true&start=1960&view=chart>.
- Wirtschaftskammer Österreich. (2023). *Österreich unterstützt Ausbau von LNG-Terminal Krk*. Abgerufen am 25. Juni 2024 von <https://www.wko.at/stmk/industrie/metalltechnische-industrie/oesterreich-unterstuetzt-ausbau-von-lng-terminal-krk>.

The EU before enlargement: security policy priorities for Germany and Austria as business locations

The EU's international environment did not face a sudden change in 2022, but long-term processes of change became more visible since then. The Russian war of aggression is a wake-up call for the EU to finally overcome its geopolitical naivety, if it wants to remain competitive at the global level and maintain its attractiveness as a business location. Economic policy and geopolitics must be considered together. At the *Wiener Dialog zur Zukunft Europas 2024*, experts discussed initiatives for the EU to respond to the BRICS+, to complete a defence union and to address current challenges of enlargement and energy policy. We summarise the problem analyses and policy recommendations for the German and Austrian governments to set the agenda at the beginning of the EU's new institutional cycle.

© Der/die Autor:in 2024. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).